

Zeitung

Ältestes und verbreitetstes Blatt des Fürstentums und der angrenzenden Bezirke

Abonnementspreise: Bei der Geschäftsstelle und den Verteilungen für 1/2 Jahr M. 2.25, für 3 Monate M. 1.50, für 1 Monat M. 0.75. Bei der Post für 1/2 Jahr M. 2.25, für 3 Monate M. 1.50, für 1 Monat M. 0.75. Postbefreiung für 1/2 Jahr M. 0.42, für 3 Monate M. 0.28, für 1 Monat M. 0.14. Anzeigen werden für 100 Zeilen mit 15 Pfennig, für Auswärts mit 20 Pfennig die kleinste Zeile oder deren Raum berechnet. Reklamefälle 75 Pf. Komplette Anzeigen werden mit 50% Aufschlag berechnet.

Detmold, Donnerstag, den 30. März 1916 149. Jahrgang

Wippischer Landtag.

(Sitzung vom 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr.)

Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Nach einer Mitteilung der Regierung im Ausschuss befanden sich am 1. April 1915 9733 Personen im Steuerdienst. Ihre Zahl ist bis Anfang dieses Monats auf 16551 gewachsen. Es wurde angeregt, ob nicht die Steuerpflichtigen in der Höhe der Einkommen von 3000 bis 6000 Mark von den Zuschlägen befreit werden könnten. Die Regierung konnte über den finanziellen Effekt aber nichts mitteilen, und die Mehrheit des Ausschusses hielt bei einem solchen Einkommen eine Ermäßigung auch nicht für notwendig.

Der Ausschuss beantragt, die Einkommensteuer mit 950 000 Mark, die Vermögenssteuer mit 15 000 Mark und die Kriegsteuer mit 140 000 Mark einzustellen.

Abg. Reiff: Dieser Vorschlag ist gefasst worden, ehe wir die letzte Fassung vornahmen, die einen höheren Betrag ergibt. Ich schlage vor, als Kriegsteuerertrag 155 000 Mark einzusetzen.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Die Ausschussanträge werden im übrigen genehmigt.

Ergänzungssteuer.

Als Kriegszuschläge werden 133 000 Mark eingestellt.

Gründungssteuer.

Der Landtag genehmigt die Einstellung von 20 000 Mark. Heizkostenzuschüsse und 20 000 Mark aus der Landessteuer.

Landes- und Kreisverwaltungen.

Abg. Schelp: Es sollte im Ausschuss über die Konkurrenz der Stellen untereinander gesprochen werden. Der Landesbankdirektor hat aber erklärt, daß man wahrscheinlich demnächst zu einer friedlichen Einigung im Lande kommen werde.

Zusatz der Kammerkassen.

Abg. Reiff: Es waren Wünsche nach Verbesserung von Land und nach der Festsetzung billiger Brennholzpreise geäußert worden. Der Landformmeister hat mitgeteilt, daß in den letzten 25 Jahren mehr Waldland urbar gemacht sei als früher. In Beziehung auf den Holzbedarf sind die Wünsche der Anwohner nicht abgelehnt, sondern nur vertagt. Eine sofortige Abholung wäre unrentabel. Nach dem Kriege soll allen Büschen nach Möglichkeit entnommen werden.

Bisher waren aber an verschiedenen Stellen auch nicht genügend Angebote vorhanden gewesen. Der Finanz-Ausschuss hat sich für die möglichste Verbilligung der Wünsche ausgesprochen, auch wenn einmal für die Kammer ein kleiner Nachteil entstehen sollte. Auch hinsichtlich der Wünsche nach billigen Brennholz will die Kammerverwaltung allen Anfordern nach Möglichkeit entsprechen. An einzelnen Stellen ist übrigens kein Holz frei gewesen.

Abg. Wehrmann: Die Klagen waren berechtigt, ich freue mich aber, daß für Abstellung gesorgt wird.

Veranlagung der Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Die Steuererkenntnis durchs an, daß an der Ausgestaltung der Veranlagungsgrundzüge weiter gearbeitet werden muß. Der Krieg hat aber allerdings eine Unterbrechung herbeigeführt, die Sache soll aber im Auge behalten werden. Damit die veränderten Einkommen aus Grundvermögen auch richtig erfasst werden, wurden besondere Maßnahmen für erforderlich gehalten, und es wurde als zweckmäßig bezeichnet, die Grundstücke, nach denen die Veranlagung erfolgt, alsbaldig im Amtsbuch bekannt zu geben. Der Finanz-Ausschuss glaubt aber auch, daß jetzt noch nicht in dieser Weise vorgegangen werden kann.

Abg. Stappert: Ich möchte um eine Auskunft in einem besonderen Falle bitten. Ein Herr hatte eine Erbschaft gemacht und hatte zur Feststellung der Steuer in einer fast fünfjährigen Unterbrechung auf der Steuerbehörde alle erforderlichen Angaben gemacht. Sinterher wurde von ihm nochmal verlangt, seine künftigen Wertpapiere zur Nachprüfung einzuschicken. Muß der Mann die Papiere aus der Hand geben?

Abg. Wehrmann: Es muß jedenfalls darauf gesehen werden, daß den Leuten keine unnötigen Wege gemacht werden. Wenn einer den weiten Weg nach Braunschweig hat, und dann aufgefordert wird, nochmal zu kommen, so ist das nicht in Ordnung. Die Beamten müssen so arbeiten, daß ein Weg genügt.

Matrikularbeiträge.

Abg. Reiff: Es hat sich herausgestellt, daß die Abschätzung immer erst zwei Jahre später erfolgt, als Lebensverhältnisse und Matrikularbeiträge gewahrt werden. Nach Aufstellung des neuen Verzeichnisses ist die Schulpflichtverteilung vom vorhergehenden Jahre einzuzeichnen, und danach bekommen wir 28 950 Mark zurück. Der Ausschuss hat beschlossen, die Summe schon zur Deckung des im neuen Verzeichnisse vorhandenen Defizits mit heranzuziehen, und er beantragt, die Matrikularbeiträge demgemäß auf 106 931 Mark zu erniedrigen.

Der Antrag wird angenommen.

Sanktionen.

Abg. Reiff: Im allgemeinen ist während des Krieges eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. eingetreten. Meist wird im Afford gearbeitet. Der Durchschnittslohn eines Tagelohnarbeiters ist 2.50 bis 3 Mk. und bei Holzschläger geht der

Wippischer Landtag.

(Sitzung vom 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr.)

Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Nach einer Mitteilung der Regierung im Ausschuss befanden sich am 1. April 1915 9733 Personen im Steuerdienst. Ihre Zahl ist bis Anfang dieses Monats auf 16551 gewachsen. Es wurde angeregt, ob nicht die Steuerpflichtigen in der Höhe der Einkommen von 3000 bis 6000 Mark von den Zuschlägen befreit werden könnten. Die Regierung konnte über den finanziellen Effekt aber nichts mitteilen, und die Mehrheit des Ausschusses hielt bei einem solchen Einkommen eine Ermäßigung auch nicht für notwendig.

Der Ausschuss beantragt, die Einkommensteuer mit 950 000 Mark, die Vermögenssteuer mit 15 000 Mark und die Kriegsteuer mit 140 000 Mark einzustellen.

Abg. Reiff: Dieser Vorschlag ist gefasst worden, ehe wir die letzte Fassung vornahmen, die einen höheren Betrag ergibt. Ich schlage vor, als Kriegsteuerertrag 155 000 Mark einzusetzen.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Die Ausschussanträge werden im übrigen genehmigt.

Ergänzungssteuer.

Als Kriegszuschläge werden 133 000 Mark eingestellt.

Gründungssteuer.

Der Landtag genehmigt die Einstellung von 20 000 Mark. Heizkostenzuschüsse und 20 000 Mark aus der Landessteuer.

Landes- und Kreisverwaltungen.

Abg. Schelp: Es sollte im Ausschuss über die Konkurrenz der Stellen untereinander gesprochen werden. Der Landesbankdirektor hat aber erklärt, daß man wahrscheinlich demnächst zu einer friedlichen Einigung im Lande kommen werde.

Zusatz der Kammerkassen.

Abg. Reiff: Es waren Wünsche nach Verbesserung von Land und nach der Festsetzung billiger Brennholzpreise geäußert worden. Der Landformmeister hat mitgeteilt, daß in den letzten 25 Jahren mehr Waldland urbar gemacht sei als früher. In Beziehung auf den Holzbedarf sind die Wünsche der Anwohner nicht abgelehnt, sondern nur vertagt. Eine sofortige Abholung wäre unrentabel. Nach dem Kriege soll allen Büschen nach Möglichkeit entnommen werden.

Bisher waren aber an verschiedenen Stellen auch nicht genügend Angebote vorhanden gewesen. Der Finanz-Ausschuss hat sich für die möglichste Verbilligung der Wünsche ausgesprochen, auch wenn einmal für die Kammer ein kleiner Nachteil entstehen sollte. Auch hinsichtlich der Wünsche nach billigen Brennholz will die Kammerverwaltung allen Anfordern nach Möglichkeit entsprechen. An einzelnen Stellen ist übrigens kein Holz frei gewesen.

Abg. Wehrmann: Die Klagen waren berechtigt, ich freue mich aber, daß für Abstellung gesorgt wird.

Veranlagung der Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Die Steuererkenntnis durchs an, daß an der Ausgestaltung der Veranlagungsgrundzüge weiter gearbeitet werden muß. Der Krieg hat aber allerdings eine Unterbrechung herbeigeführt, die Sache soll aber im Auge behalten werden. Damit die veränderten Einkommen aus Grundvermögen auch richtig erfasst werden, wurden besondere Maßnahmen für erforderlich gehalten, und es wurde als zweckmäßig bezeichnet, die Grundstücke, nach denen die Veranlagung erfolgt, alsbaldig im Amtsbuch bekannt zu geben. Der Finanz-Ausschuss glaubt aber auch, daß jetzt noch nicht in dieser Weise vorgegangen werden kann.

Abg. Stappert: Ich möchte um eine Auskunft in einem besonderen Falle bitten. Ein Herr hatte eine Erbschaft gemacht und hatte zur Feststellung der Steuer in einer fast fünfjährigen Unterbrechung auf der Steuerbehörde alle erforderlichen Angaben gemacht. Sinterher wurde von ihm nochmal verlangt, seine künftigen Wertpapiere zur Nachprüfung einzuschicken. Muß der Mann die Papiere aus der Hand geben?

Abg. Wehrmann: Es muß jedenfalls darauf gesehen werden, daß den Leuten keine unnötigen Wege gemacht werden. Wenn einer den weiten Weg nach Braunschweig hat, und dann aufgefordert wird, nochmal zu kommen, so ist das nicht in Ordnung. Die Beamten müssen so arbeiten, daß ein Weg genügt.

Matrikularbeiträge.

Abg. Reiff: Es hat sich herausgestellt, daß die Abschätzung immer erst zwei Jahre später erfolgt, als Lebensverhältnisse und Matrikularbeiträge gewahrt werden. Nach Aufstellung des neuen Verzeichnisses ist die Schulpflichtverteilung vom vorhergehenden Jahre einzuzeichnen, und danach bekommen wir 28 950 Mark zurück. Der Ausschuss hat beschlossen, die Summe schon zur Deckung des im neuen Verzeichnisse vorhandenen Defizits mit heranzuziehen, und er beantragt, die Matrikularbeiträge demgemäß auf 106 931 Mark zu erniedrigen.

Der Antrag wird angenommen.

Sanktionen.

Abg. Reiff: Im allgemeinen ist während des Krieges eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. eingetreten. Meist wird im Afford gearbeitet. Der Durchschnittslohn eines Tagelohnarbeiters ist 2.50 bis 3 Mk. und bei Holzschläger geht der

Wippischer Landtag.

(Sitzung vom 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr.)

Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Nach einer Mitteilung der Regierung im Ausschuss befanden sich am 1. April 1915 9733 Personen im Steuerdienst. Ihre Zahl ist bis Anfang dieses Monats auf 16551 gewachsen. Es wurde angeregt, ob nicht die Steuerpflichtigen in der Höhe der Einkommen von 3000 bis 6000 Mark von den Zuschlägen befreit werden könnten. Die Regierung konnte über den finanziellen Effekt aber nichts mitteilen, und die Mehrheit des Ausschusses hielt bei einem solchen Einkommen eine Ermäßigung auch nicht für notwendig.

Der Ausschuss beantragt, die Einkommensteuer mit 950 000 Mark, die Vermögenssteuer mit 15 000 Mark und die Kriegsteuer mit 140 000 Mark einzustellen.

Abg. Reiff: Dieser Vorschlag ist gefasst worden, ehe wir die letzte Fassung vornahmen, die einen höheren Betrag ergibt. Ich schlage vor, als Kriegsteuerertrag 155 000 Mark einzusetzen.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Die Ausschussanträge werden im übrigen genehmigt.

Ergänzungssteuer.

Als Kriegszuschläge werden 133 000 Mark eingestellt.

Gründungssteuer.

Der Landtag genehmigt die Einstellung von 20 000 Mark. Heizkostenzuschüsse und 20 000 Mark aus der Landessteuer.

Landes- und Kreisverwaltungen.

Abg. Schelp: Es sollte im Ausschuss über die Konkurrenz der Stellen untereinander gesprochen werden. Der Landesbankdirektor hat aber erklärt, daß man wahrscheinlich demnächst zu einer friedlichen Einigung im Lande kommen werde.

Zusatz der Kammerkassen.

Abg. Reiff: Es waren Wünsche nach Verbesserung von Land und nach der Festsetzung billiger Brennholzpreise geäußert worden. Der Landformmeister hat mitgeteilt, daß in den letzten 25 Jahren mehr Waldland urbar gemacht sei als früher. In Beziehung auf den Holzbedarf sind die Wünsche der Anwohner nicht abgelehnt, sondern nur vertagt. Eine sofortige Abholung wäre unrentabel. Nach dem Kriege soll allen Büschen nach Möglichkeit entnommen werden.

Bisher waren aber an verschiedenen Stellen auch nicht genügend Angebote vorhanden gewesen. Der Finanz-Ausschuss hat sich für die möglichste Verbilligung der Wünsche ausgesprochen, auch wenn einmal für die Kammer ein kleiner Nachteil entstehen sollte. Auch hinsichtlich der Wünsche nach billigen Brennholz will die Kammerverwaltung allen Anfordern nach Möglichkeit entsprechen. An einzelnen Stellen ist übrigens kein Holz frei gewesen.

Abg. Wehrmann: Die Klagen waren berechtigt, ich freue mich aber, daß für Abstellung gesorgt wird.

Veranlagung der Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Die Steuererkenntnis durchs an, daß an der Ausgestaltung der Veranlagungsgrundzüge weiter gearbeitet werden muß. Der Krieg hat aber allerdings eine Unterbrechung herbeigeführt, die Sache soll aber im Auge behalten werden. Damit die veränderten Einkommen aus Grundvermögen auch richtig erfasst werden, wurden besondere Maßnahmen für erforderlich gehalten, und es wurde als zweckmäßig bezeichnet, die Grundstücke, nach denen die Veranlagung erfolgt, alsbaldig im Amtsbuch bekannt zu geben. Der Finanz-Ausschuss glaubt aber auch, daß jetzt noch nicht in dieser Weise vorgegangen werden kann.

Abg. Stappert: Ich möchte um eine Auskunft in einem besonderen Falle bitten. Ein Herr hatte eine Erbschaft gemacht und hatte zur Feststellung der Steuer in einer fast fünfjährigen Unterbrechung auf der Steuerbehörde alle erforderlichen Angaben gemacht. Sinterher wurde von ihm nochmal verlangt, seine künftigen Wertpapiere zur Nachprüfung einzuschicken. Muß der Mann die Papiere aus der Hand geben?

Abg. Wehrmann: Es muß jedenfalls darauf gesehen werden, daß den Leuten keine unnötigen Wege gemacht werden. Wenn einer den weiten Weg nach Braunschweig hat, und dann aufgefordert wird, nochmal zu kommen, so ist das nicht in Ordnung. Die Beamten müssen so arbeiten, daß ein Weg genügt.

Matrikularbeiträge.

Abg. Reiff: Es hat sich herausgestellt, daß die Abschätzung immer erst zwei Jahre später erfolgt, als Lebensverhältnisse und Matrikularbeiträge gewahrt werden. Nach Aufstellung des neuen Verzeichnisses ist die Schulpflichtverteilung vom vorhergehenden Jahre einzuzeichnen, und danach bekommen wir 28 950 Mark zurück. Der Ausschuss hat beschlossen, die Summe schon zur Deckung des im neuen Verzeichnisse vorhandenen Defizits mit heranzuziehen, und er beantragt, die Matrikularbeiträge demgemäß auf 106 931 Mark zu erniedrigen.

Der Antrag wird angenommen.

Sanktionen.

Abg. Reiff: Im allgemeinen ist während des Krieges eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. eingetreten. Meist wird im Afford gearbeitet. Der Durchschnittslohn eines Tagelohnarbeiters ist 2.50 bis 3 Mk. und bei Holzschläger geht der

Wippischer Landtag.

(Sitzung vom 23. März, vormittags 9 1/2 Uhr.)

Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Nach einer Mitteilung der Regierung im Ausschuss befanden sich am 1. April 1915 9733 Personen im Steuerdienst. Ihre Zahl ist bis Anfang dieses Monats auf 16551 gewachsen. Es wurde angeregt, ob nicht die Steuerpflichtigen in der Höhe der Einkommen von 3000 bis 6000 Mark von den Zuschlägen befreit werden könnten. Die Regierung konnte über den finanziellen Effekt aber nichts mitteilen, und die Mehrheit des Ausschusses hielt bei einem solchen Einkommen eine Ermäßigung auch nicht für notwendig.

Der Ausschuss beantragt, die Einkommensteuer mit 950 000 Mark, die Vermögenssteuer mit 15 000 Mark und die Kriegsteuer mit 140 000 Mark einzustellen.

Abg. Reiff: Dieser Vorschlag ist gefasst worden, ehe wir die letzte Fassung vornahmen, die einen höheren Betrag ergibt. Ich schlage vor, als Kriegsteuerertrag 155 000 Mark einzusetzen.

Diesem Vorschlag wird zugestimmt. Die Ausschussanträge werden im übrigen genehmigt.

Ergänzungssteuer.

Als Kriegszuschläge werden 133 000 Mark eingestellt.

Gründungssteuer.

Der Landtag genehmigt die Einstellung von 20 000 Mark. Heizkostenzuschüsse und 20 000 Mark aus der Landessteuer.

Landes- und Kreisverwaltungen.

Abg. Schelp: Es sollte im Ausschuss über die Konkurrenz der Stellen untereinander gesprochen werden. Der Landesbankdirektor hat aber erklärt, daß man wahrscheinlich demnächst zu einer friedlichen Einigung im Lande kommen werde.

Zusatz der Kammerkassen.

Abg. Reiff: Es waren Wünsche nach Verbesserung von Land und nach der Festsetzung billiger Brennholzpreise geäußert worden. Der Landformmeister hat mitgeteilt, daß in den letzten 25 Jahren mehr Waldland urbar gemacht sei als früher. In Beziehung auf den Holzbedarf sind die Wünsche der Anwohner nicht abgelehnt, sondern nur vertagt. Eine sofortige Abholung wäre unrentabel. Nach dem Kriege soll allen Büschen nach Möglichkeit entnommen werden.

Bisher waren aber an verschiedenen Stellen auch nicht genügend Angebote vorhanden gewesen. Der Finanz-Ausschuss hat sich für die möglichste Verbilligung der Wünsche ausgesprochen, auch wenn einmal für die Kammer ein kleiner Nachteil entstehen sollte. Auch hinsichtlich der Wünsche nach billigen Brennholz will die Kammerverwaltung allen Anfordern nach Möglichkeit entsprechen. An einzelnen Stellen ist übrigens kein Holz frei gewesen.

Abg. Wehrmann: Die Klagen waren berechtigt, ich freue mich aber, daß für Abstellung gesorgt wird.

Veranlagung der Einkommensteuer.

Abg. Schelp: Die Steuererkenntnis durchs an, daß an der Ausgestaltung der Veranlagungsgrundzüge weiter gearbeitet werden muß. Der Krieg hat aber allerdings eine Unterbrechung herbeigeführt, die Sache soll aber im Auge behalten werden. Damit die veränderten Einkommen aus Grundvermögen auch richtig erfasst werden, wurden besondere Maßnahmen für erforderlich gehalten, und es wurde als zweckmäßig bezeichnet, die Grundstücke, nach denen die Veranlagung erfolgt, alsbaldig im Amtsbuch bekannt zu geben. Der Finanz-Ausschuss glaubt aber auch, daß jetzt noch nicht in dieser Weise vorgegangen werden kann.

Abg. Stappert: Ich möchte um eine Auskunft in einem besonderen Falle bitten. Ein Herr hatte eine Erbschaft gemacht und hatte zur Feststellung der Steuer in einer fast fünfjährigen Unterbrechung auf der Steuerbehörde alle erforderlichen Angaben gemacht. Sinterher wurde von ihm nochmal verlangt, seine künftigen Wertpapiere zur Nachprüfung einzuschicken. Muß der Mann die Papiere aus der Hand geben?

Abg. Wehrmann: Es muß jedenfalls darauf gesehen werden, daß den Leuten keine unnötigen Wege gemacht werden. Wenn einer den weiten Weg nach Braunschweig hat, und dann aufgefordert wird, nochmal zu kommen, so ist das nicht in Ordnung. Die Beamten müssen so arbeiten, daß ein Weg genügt.

Matrikularbeiträge.

Abg. Reiff: Es hat sich herausgestellt, daß die Abschätzung immer erst zwei Jahre später erfolgt, als Lebensverhältnisse und Matrikularbeiträge gewahrt werden. Nach Aufstellung des neuen Verzeichnisses ist die Schulpflichtverteilung vom vorhergehenden Jahre einzuzeichnen, und danach bekommen wir 28 950 Mark zurück. Der Ausschuss hat beschlossen, die Summe schon zur Deckung des im neuen Verzeichnisse vorhandenen Defizits mit heranzuziehen, und er beantragt, die Matrikularbeiträge demgemäß auf 106 931 Mark zu erniedrigen.

Der Antrag wird angenommen.

Sanktionen.

Abg. Reiff: Im allgemeinen ist während des Krieges eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. eingetreten. Meist wird im Afford gearbeitet. Der Durchschnittslohn eines Tagelohnarbeiters ist 2.50 bis 3 Mk. und bei Holzschläger geht der

Der Landtag wolle beschließen, den Posten unverändert einzustellen und den Antrag Staecke der Kürzungen Staatsregierung zur künftigen Berücksichtigung zu überweisen.

Der Landtag stimmt zu.

(Schluß folgt.)

Erhöhung der Postgebühren.

Eine Kriegsoversee-Steuer.

Im Rahmen der neuen Kriegsoversee-Steuer, um das Bild zu vervollständigen, auch die Postgebühren betreffend. Die Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernsprechggebühren. Der finanzielle Kreis ist damit geschlossen. Bekanntlich sollen die jetzigen Kriegsteuern, ohne die Kriegsgewinnsteuer, deren Ertrag zur Zeit auch nicht annähernd zu schätzen ist und die den Schuldendienst für die Kriegsanleihen ganz oder doch zum großen Teil wird befriedigen müssen — 500 Mill. bringen, bestimmt das Land zunächst im kommenden Etat zu stopfen. Auf 160 Millionen ist der Ertrag der neuen Tabaksteuer geschätzt. 200 Millionen sollen durch erhöhte Post-, wohn-, Gebühren eingebracht werden, 150 Millionen (alles natürlich in runden Ziffern) bleiben für den neuen Zünftungsstempel und für die Erhöhung des Frachttarifs und des Zinsfußes.

Die ganzen Kriegsteuern sind natürlich Poststeuern im doppelten Sinne des Wortes: Sie sollen nach Möglichkeit der finanziellen Not des Reiches, sie sind aber andererseits doch nur ein Notbehelf und tragen aller Ecken und Enden die Zeichen der schnellsten Not und des Provisoriums an sich. Das ist zugleich ein Fehler und ein Trost. Bewähren sie sich nicht, und ein großer Teil dieser neuen Steuern wird sich zweifellos auf die Dauer nicht bewähren, so hat man ja inzwischen Zeit gehabt, nach anderen, dauerhafteren Umständen zu halten. Aus allen Begründungen und aus allen Kommentaren hört man denn auch schon jetzt heraus, daß man bei der großen Finanzreform, die unmittelbar nach dem Kriege wird eintreten müssen, mit allen noch so fein erdachten Steuern nicht ausreichen, vielmehr um Monopole nicht herumkommen wird, sei es, daß der Tabak oder der Branntwein, die ja nun oft und reichlich genug geböhlet haben, monopolisiert werden, sei es, daß man die Kohle oder ein anderes, ertragversprechendes Bedarfsmittel „verstaatlicht“. Der neue Reichsfinanzsekretär dachte nun offenbar so: Jetzt, mitten im Kriege, mit allen seinen Unsicherheiten und allen seinen finanziellen Erfordernissen, an die Einrichtung von Monopolen zu gehen, die zunächst ja doch nur Geld kosten, ist unmöglich; warum soll ich aber nicht diejenigen Monopole auf größere Ertragsmöglichkeit unterwerfen, die wir bereits haben? Da bot sich ihm zunächst die Post.

Bisher betragen, in ganz runden Zahlen, bei der Reichspost die Bruttoeinnahmen etwa 1 Milliarde Mark jährlich, die Bruttoausgaben nahezu 900 Millionen, jedoch eine reine Einnahme von 100 Millionen verblieb, d. h. die Post arbeitet mit einem Betriebskoeffizienten von nahezu 90%, und die Bruttoeinnahmen und -ausgaben standen in einem nur recht bescheidenen Verhältnis zu den gewöhnlichen Kapitalsummen, die im Laufe der Jahre in dieses Unternehmen investiert wurden sind. Die Post war in der Tat, wie man sagen muß, bislang ein „generöses“ Betriebsinstitut; sie begnügte sich mit einer nur geringen Verzinsung ihres Kapitals und vollbrachte dabei eine unzeitweilige von Jahr zu Jahr größere Arbeitsleistung. Wenn sie jetzt mit einem Schlag einen Mehrertrag von 200 Millionen jährlich, d. h. das Dreifache des bisherigen Uberschusses bringen soll, so müßte die Gebührenordnung natürlich sehr ernsthaft nach oben korrigiert werden. Das Druckporto soll also von 3 auf 5 Pf., das Porto für Stadtbriefe und Postkarten von 5 auf 7 Pf., das Paketporto um 5, bezw. 10 Pf., die Telegrammgebühren um einen festen Zuschlag von 15 Pf. (für Stadtlegramme) und 25 Pf. (für andere Telegramme), die Fernsprechggebühren um einen festen Zuschlag von 20%, und endlich das Porto für gewöhnliche Briefe bis 20 Gr. von 10 auf 20 Pf. erhöht werden.

Manches davon wird man sich ohne weiteres gefallen lassen. Die Portoberhöhung für Druckfaden und Postkarten um 2 Pf. ist nichts Neues, aber erträglich. Die Pfenningrechnung hatten wir ja schon bei der 3 Pf. Marke und führen wir ja nun auch auf anderen Verkehrs- und Verkehrsgebieten ein, und die Wiederkehr der 2 Pf. Marke oder die Neueinführung einer 7 Pf. Marke wird man also im allgemeinen in den Kauf nehmen. Die Verteuerung des Paketpostens erscheint ebenfalls außerordentlich hoch dagegen und für kleine Anschläge außerordentlich untragbar, die Verteuerung des Fernsprechverkehrs um 20 v. H. am schmerzhaftesten aber ist doch zweifellos die Verteuerung des einfachen Briefpostens um das Doppelte.

Die Reichsfinanzverwaltung, und die Postverwaltung offenbar mit ihr, steht auf dem Standpunkt, daß auch der 10 Pf.-Tarif nichts Unnatürliches sei, sondern Veränderungen unterliegen könne und müsse. Die wirtschafliche Wirkung so folgert sie, sei nicht so schlimm, müsse getragen werden und kann jetzt, im Kriege — und nur um einen Kriegszuschlag soll es sich ja handeln — doppelt in den Kauf genommen werden, in einer Zeit, wo der Verkehr ohnehin außerordentlich gelitten habe und jeder Einzelne andere, wohl schwerere Opfer zu tragen habe und willig trage. Wir fürchten, die öffentliche Meinung wird sich diesen Argumenten nicht ohne weiteres beugen wollen. Es wird nicht an Stimmen fehlen, die da meinen, die Mehreinnahmen durch die neuen Zuschläge würden durch eine Verminderung des Verkehrs, bei der Briefpost sowohl, wie namentlich auch bei den Fernsprechnetzen, wettgemacht werden, jedoch die erwarteten Mehreinnahmen tatsächlich ausbleiben und nur eine Belastung und Verarmung des Publikums bewirkt werden würde. Es wird nicht an anderen Stimmen fehlen, die es lieber ansehen hätten, wenn man die obere Grenze der Kriegsgewinnsteuer, bei den Millionengewinnen, noch etwas weiter getreibe und dafür den Verkehr aus dem Spiel gelassen hätte. Auch an den einzelnen Sätzen wird natürlich viel und lebhaft Kritik geübt werden.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt, und es niemandem an dem guten Willen fehlt, diese neuen Mittel beschaffen zu helfen. Mit Sorgfalt, weil in der Tat auch nach unserer Meinung hier ein etwas gewagtes Experiment versucht wird. Für alle Fälle aber, auch wenn der Grund der Postgebührenerhöhung die Zustimmung der Mehrheit finden sollte, muß auch in dem vom Reichstag zu verabschiedenden Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen, daß es sich bei den erhöhten Gebühren nur um eine Kriegsteuer, ein Provisorium, eine vorübergehende Belastung handelt.

Der Reichstag wird gerade diese Vorschläge mit Liebe und Sorgfalt prüfen. Mit Liebe, weil natürlich niemand die Notwendigkeit, den Etat aus laufenden Mitteln, d. h. aus neuen Steuern, zu balancieren, verkennt,

